

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 486.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 190.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 17. Oktober 1906.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87. Winterhaus.
Telephon 168; Redaktion Telephon 1272. Eing. Nr. 6749/06.
Verantwortl. Hr. Walter Gehrcke in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon-Nr. VI a Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Zschäpe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 17. Oktober.

Der Kaiser in Bonn.

Dienstag mittags fand die feierliche Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals vor der Universität in Bonn statt.

Am Denkmal versammelten sich Oberbürgermeister Spiritus, der Rektor der Universität Erzengel v. Ratingen und die übrigen Mitglieder des Denkmalausschusses, ferner der Rektor und die Professoren der Universität, die Vertreter der Stadt Bonn, Kultusminister Dr. v. Studt, Oberpräsident v. Schorlemer und die Epigen der Verbände, weiter der kommandierende General v. Pöhl und die Generalität, darunter Generaloberst v. Gode, ferner die Mitglieder des Corps „Borussia“. Beide Trüben waren mit gelben Ehrenkränzen besetzt. Auf dem Kaisertrage hatte die Ehrenkompanie des 160. Infanterie-Regiments und des Jäger-Regiments König Wilhelm Aufstellung genommen, gegenüber dem letzteren die Vertreter der Studentenenschaft mit ihren Fahnen in vollem Schmuck. Das Wetter war ausgezeichnet.

Nur vor 12 Uhr erschien der Kaiser, der die Uniform der Leibgarde-Säufaren trug, unter dem Geläut der Glocken, ferner Prinz August Wilhelm, der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Koburg und Gotha, Prinz Adolf und Prinzessin Hektoria von Schaumburg-Lippe, Erbprinz Adolf und Prinz Moriz von Schaumburg-Lippe sowie die Gefolge. Der Kaiser schritt die Front der Ehrenkompanie und des Jäger-Regiments ab, begrüßte die Herren des Denkmalausschusses und nahm mit den Führern unter dem kommandierenden General v. Pöhl, wo er sich längere Zeit mit dem Generaloberst von Köe unterhielt. Nach dem Vortrag des Heberthaler Chors: „Heil Kaiser und Reich“ durch die vereinigten Männergesangsvereine hielt Oberbürgermeister Spiritus eine Ansprache, die mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser endigte. Die Musik spielte die Nationalhymne, das Publikum sang dieselbe stehend mit. Währenddessen fiel die Hülle des Denkmals, das dem Kaiser Wilhelm I. zu Fuß in Warmar auf einem rötlich abgetönten Sockel darstellt; der Sockel steht rechts und links in Ballustraden fort. Geheimrat Dr. Jacobi, der derzeitige Rektor, übernahm dann das Denkmal mit einer Ansprache, welche in dem Wunsch gipfelte, daß der Fußabdruck zu dem Bilde des Einigers Deutschlands alle kommenden Geschlechter deutscher Mensehen an das Ideal der Vaterlandsliebe und Höflichkeit gemahnen möge. Die Feier schloß mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“.

Der Kaiser besichtigte hiernach das Denkmal und nahm den Vorbereitungen der Ehrenkompanie und des Jäger-Regiments ab. Bei dem letzteren besitzten General v. Deines und Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe, beide in der Uniform des Regiments. Nachdem der Kaiser noch eine größere Reihe der Anwesenden durch Ansprachen ausgezeichnet hatte, begab er sich nach dem Palais jurid.

Zur Frühstückstafel, die mittags im Palais Schaumburg stattfand, waren geladen der Herr E. M. des Kaisers, der Herzog und die Herzogin von Koburg mit Gefolge, Prinz Moriz von Schaumburg, Prinz August Wilhelm von Preußen und der Hofmeister des Königs Adolf von Schaumburg, Kammerherr Salotti. Nachmittags 3 Uhr unterzeichnete der Kaiser mit Gefolge eine Proklamierung im Automeil und besichtigte die romanische Kirche in Schwanenhorst, begab sich von dort nach Sieburg zur Besichtigung der Abteikirche und kehrte in einer Kutsche über Oberpleis, Kloster Heisterbach, Döllendorf, Neuel nach Bonn jurid.

Am 6 Uhr fand im Palais Schaumburg Tee statt, wozu von Bonner Herrenschaften geladen waren: Frau Geheimrat v. Zandt, Geheimrat Regierungsrat, vortragender Rat v. Sandt, Frau Hofrath Gerber, Geheimrat Prof. Dr. Lörch, zwei Fräulein Schaaffhausen, Baronin v. Nigal, Frau v. Schölerer und Baron von Nigal. An der Abendstafel nahmen außer Prinz August Wilhelm und der Erbprinzessin von Schaumburg folgende Herren teil: Oberpräsident v. Schorlemer-Besler, General von Nigal, Kultusminister v. Studt und Regierungsrat Dr. Einemiller, sowie Oberbürgermeister Spiritus.

Seine Majestät der Kaiser verließ den Oberbürgermeister Spiritus die Willkanten von Kronenorden 2. Klasse, dem Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Ministerium des Innern Dr. v. Sandt den Orden Ritterorden 2. Klasse mit der Schleife, dem Rektor der Universität Geh. Regierungsrat Professor Jacobi und dem Bildhauer des Denkmals Garro Magnussen den Kronenorden 3. Klasse.

Der König von Sachsen auf Gelände. Am Dienstag mittags 2½ Uhr traf der Dampfer „König Friedrich August“ mit dem König von Sachsen an Bord der Gelände an und landete um 3¼ Uhr nach prachtvoller Fahrt. Der König wurde in einem Marineboot abgeholt und ging direkt durch den Tunnel auf das Oberland, während die anderen Teilnehmer die Insel besichtigten. Um 5 Uhr ging es wieder an Bord jurid, wo dann ein Diner stattfand. Ueber Nacht blieb das Schiff vor Gelände. Die See ist unruhig, der Wind ziemlich heftig. Nach dem Lunch wurden einige Oberauszeichnungen bekannt gegeben: Oberst Wolff und das Luftschiffatmosphäre Wit erhielten das Offizierskreuz des Albrechts-Ordens, Profurist Dammberg und der Kapitän des Dampfers „König Friedrich August“, Wit, das Ritterkreuz desselben Ordens.

Reichsfänger Fürst Wilton und Gemahlin sind Dienstag 7¼ Uhr abends von Gomburg nach Berlin abgereist. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhof erschienen

Randrat Ritter von Marx, Oberbürgermeister Maas und Stadtdirektor v. Malgahn.

Der russische Minister des Aeußern von Tsvetkoff wird, wie bereits angekündigt, auf seiner Rückreise aus Tergernsee Ende d. Wts. einige Tage in Berlin Aufenthalt nehmen. Dabei wird er eine Besprechung mit dem Reichsfänger Fürsten Wilton haben.

Im Reichsausschuss ernannt. Der Reichsausschuss meldet: Die Landesoberstaatsanwaltschaft in Königsberg (Preußen) und Haas in Celle sind zu Reichsgerichtsräten ernannt worden.

Im Schutze des Dreiklassenwahlrechtes.

In den Denkwürdigkeiten des Fürsten zu Hohentlohe steht unter dem 12. Dezember 1889 notiert: „Gestern war multifacette Soiree im Musiksaal. Am Büfett beuglichwünschte ich den Kaiser wegen seiner Franzfurter Rede. Das gefiel ihm und er sprach lange mit mir. Erst von der improvisierten Rede, dann von Frankfurt und dem großen Entschluß unter Maaßes Leitung, von allen Verheerungen, die er mache, von der Benutzung der Wasserkraft durch elektrische Leitungen und dem Nutzen, den dies den kleinen Gewerbetreibenden bringe, und anderem. Dabei machte er Ausfälle auf den Magistrat und die Stadtdirektoren von Berlin. Er erwähnte die sozialdemokratischen Wahlen für die Stadtdirektorenwahl und sagte, man werde es in Berlin noch so weit bringen, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit haben würden. Dann würden diese die Bürger plündern; ihm sei dies gleichgültig, er werde Schicksalarten in das Schloß machen lassen und zusehen, wie geknirscht werde. Dann würden ihn die Bürger um Hufe anfechten.“

Die „Freiwillige Zeitung“ als das publizistische Sprachrohr des Berliner Kommunalstreifens möchte den Magistrat und die Stadtdirektoren von Berlin gegen die im einzelnen freilich gerichtet mitgeteilten „Ausfälle“ des Kaisers in Schutz nehmen. Wenn es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt, sind in die Freiwillichen immer bereit, als das allein vorhandene Mittelmittel eines der freiwillichen Parteiprogramme zu empfehlen. In der Reichswahlkampfzeit aber zeigt sich, daß gerade eine freiwilliche Wirtschaft das Vordringen der Sozialdemokratie am wenigsten verhindern kann. Um aber die reichswahlkämpflichen Verhältnisse gleichwohl als verhältnismäßig unbedenklich hinzustellen, leistet sich die „Freiwillige Zeitung“ einen Vergleich mit den Umständen im genannten Reich:

„Was nun speziell die „Ausfälle“ auf die Berliner Kommunalverwaltung wegen des Annahmens der Sozialdemokratie in der Stadtdirektorenwahlverammlung betrifft, so hätte nach den Stadtdirektorenwahlverhältnissen im Jahre 1889 das Berliner Stadtdirektorenkollegium unter insgesamt 128 Mitgliedern 11 Sozialdemokraten, das sind nahezu 9 Prozent, Anfang des Jahres 1906 unter 144 Mitgliedern 85 Sozialisten, das sind 24 Prozent. Bei den Reichstagswahlen von 1890, den ersten unter der Regierung Kaiser Wilhelms II., wurden 85 Sozialdemokraten, das sind etwa 9 Prozent, bei den Reichstagswahlen von 1903 81 Sozialdemokraten, das sind noch 20 Prozent, gewählt. Während also in der Stadtdirektorenverammlung einer Großstadt wie Berlin mit ihrer nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterbevölkerung während der Regierung Kaiser Wilhelms II. die Sozialdemokratie bisher um etwa 15 Prozent gestiegen ist, hat es die Reichsregierung, deren wichtigste Faktor aus den Arbeiter und Arbeiterparteiern nach dem bisher zu erkennen ist, so weit gebracht, daß die Sozialdemokratie im deutschen Reichstags, der doch das gesamte Reich, also nicht nur Großstädte, sondern vor allem auch das sozialienfeindliche ländliche Land betrifft, ebenfalls um 11 Prozent angewachsen ist.“

Der Vergleich hinft. Auch der „Freiwilligen Zeitung“ wird bekannt sein, daß die Wahlen zum Reichstags nach dem allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechte, die Wahlen zur Berliner Stadtdirektorenverammlung aber nach dem Dreiklassenwahlrechte erfolgen. Nur im Schutze des Dreiklassenwahlrechtes konnte der Berliner Freiwilliche verhindern, daß die Sozialdemokratie während der Regierungszeit unseres jetzigen Kaisers in noch größerer Zahl in das „rote Haus“ einbrang. Wie die Berliner Stadtdirektorenverammlung ausfallen würde, wenn auch für sie das Dreiklassenwahlrecht gälte, das haben die Reichstagswahlen im Jahre 1903 deutlich gezeigt, bei denen vor den Berliner Wahlkreisen vom Freiwillichen noch eine der schließlichen Hilfe der Konservativen behauptet werden konnte. Ehrlicher also wäre es gewesen, wenn die „Freiwillige Zeitung“ dem Kaiser erwidert hätte: Solange wir freiwillichen in Berlin uns noch weiter des Schutzes des Dreiklassenwahlrechtes erfreuen, ist eine sozialdemokratische Mehrheit in der Stadtdirektorenverammlung nicht zu befürchten. — Diese heilige Bekämpfung der einstmaligen kaiserlichen Auehrung würde freilich zur Folge haben müssen, daß die freiwillichen den Kampf gegen den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechtes auch in Preußen alsbald einstellen.

Aus Süddeutl. jurid. Der Dampfer der Boermann-Linie „Zulu Vohlen“ ist Dienstag nachmittags 4¼ Uhr mit 13 Offizieren und 463 Unteroffizieren und Mannschaften aus Deutsch-Süddeutl. in Cuxhaven eingetroffen.

Ueber die Lohnverhältnisse im Ruhrgebiete im allgemeinen haben wir uns wiederholt eingehend geäußert. Wie sich die Lohnverhältnisse im einzelnen für einen größeren

Betrieb gestalten, das bereift folgende Zufchrift an die „Boll“ von einer größeren Zechen:

„Daß die Löhne schon seit Jahresfrist fortwährend gestiegen sind und noch weiter steigen, darf als eine in dem wirtschaftlichen Aufschwung begründete, allgemein bekannte Tatsache vorausgesetzt werden.“

„Daß aber die Bergarbeiter ihren Anteil aus der günstigen Gesamtsituation, der Kohlenarbeiter mit anderen Industriegewerkschaften gleichmäßig schon seit längerer Zeit zu verdienen hat, ist schließlich in erheblich höherem Maße gezogen haben als die Zechen selbst, und daß die Löhne den höchsten Stand des Jahres 1900 bereits überholt haben, dürften folgende Zahlen am besten illustrieren:“

	August 1900	August 1905	August 1906
für Kohlenhauer	M. 5,73	M. 5,18	M. 5,74
Reparatur- und Zimmerhauer	= 3,54	= 3,65	= 3,91
Schlepper und Bieimer	= 3,12	= 3,07	= 3,43
Werkstatthelfer	= 2,47	= 2,40	= 2,61
Werkstatthelfer unter Tage	= 3,70	= 4,44	= 4,97
Tagesarbeiter	= 3,20	= 3,31	= 3,52
sämtliche Arbeiter unter und über Tage einschließlich der jugendlichen Arbeiter	= 4,16	= 4,19	= 4,66

Während die Ziehung des Gesamt-Durchschnittslohnes im Monat August 1906 gegenüber demjenigen des gleichen Monats im Jahre 1905 11,22 Prozent beträgt, ist der Durchschnitts-Lohn der Zechen das Jahr 1906 nur um 9,24 Prozent gestiegen. Wenn trotzdem höhere Ertragssteife im laufenden Jahre im Vergleich zum Vorjahre erzielt werden, so sind diese lediglich auf die vermehrte Produktion zurückzuführen.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt werden erfahrungsgemäß durch Angebot und Nachfrage bestimmt; es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß die Löhne, solange die hochkonjunktur andauert, noch weiter steigen werden. Dagegen muß die Forderung einer generellen Lohnobergrenze um 15 Prozent als eine durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigt bezeichnet werden.“

Zur Bewegung unter den Bergleuten. Wie die „Allg. Volkstz.“ erfährt, hat der Handelsminister das Oberbergamt Dortmund mit der schleunigsten Unteruchung der Arbeiterverhältnisse auf den Kohlengruben beauftragt.

Nach der Konferenz für Funkentelegraphie. Der „Standard“ läßt sich über Berlin folgendes telegraphieren: „Zwischen Berlin und Washington haben vor der Konferenz für Funkentelegraphie Verhandlungen stattgefunden, die dazu führten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich verpflichtete, den deutschen Vorschlag über den stromlosen Austausch von Dreifachen aller Stationen auf allen Stationen zu unterstützen.“ Hierzu bemerkt die „Nord. Allg. Ztg.“: „Wie so viele in letzter Zeit über die Funkentelegraphie gebrachte Mitteilungen entbehrt auch diese Nachricht jeder tatsächlichen Begründung.“

Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen fand am Sonntag in Berlin statt. Es wurden u. a. folgende Anträge angenommen: Die Generalversammlung ersucht, in der Zukunft die Führung der Pensionserziehung der Privatangehörigen eine durch die Verhältnisse gebotene Maßnahme. Sie beschließt die dem gegenwärtigen Stand der Sache ihre Zustimmung zu der beabsichtigten inaktiven Pensionserziehung von der weiteren Entwicklung der auf dem Gebiete der Selbsthilfe vorzunehmenden und bevorzugen den Verzicht auf die Pensionserziehung der Generalversammlung, eine Generalversammlung des Bundes einzuberufen, sobald eine diesbezügliche Gesetzesvorlage dem Reichstags zugeht. — Die Generalversammlung beschließt die Errichtung einer Streikversicherungs-Gesellschaft in gesehelligkeit gegen den Verzicht aus Arbeitsentlohn, insbesondere für die norddeutschen und rheinischen Industriellen, welche einen Anstoß an eine Streikversicherung oder an einen bestehenden Berufs- oder Arbeitgeberverband nicht finden können, in die Wege zu leiten, und ermächtigt den Vorstand, die Unterlagen hierfür auszuarbeiten.“

Das Frühstück des Hofjägers.

In der Verdrücktheit über ihre Tätigkeit im badischen Landtag wurden, wie dem „D. N.“ berichtet wird, die beiden sozialdemokratischen „Hofjäger“ Gsch und Eichhorn wegen ihres Frühstücks beim Zingen stark von Baden interpelliert. Sie nahmen die Gelegenheit wahr, um für das fürstliche Frühstück, wie der Genosse Jöngelsoffmann fragen würde, „eine warme Kanne einzulagern.“

„Gsch selbst erklärte, er habe mit Zustimmung seiner Fraktion die Stelle des Vizepräsidenten der zweiten Kammer auch mit der Verpfändung, parlamentarische Bräude des Präsidiums zu erfüllen, angenommen. Was nach der Auffassung der Fraktion parlamentarischen geselligkeitlichen Zwecken einzufließen, vor dem Ende auch noch durch den Herrscher und Ausbeuter ist) der sozialdemokratische Abgeordnete nicht zurückhalten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen mit den bürgerlichen Abgeordneten den notwendigen Verkehr unterhalten und sich nicht durch eine eiserne Wand (von ungeheuren Frühstücksstücken) abschließen. In einem Rand wie Baden, wo alte Formen mit neuen Geist erfüllt sind, habe die sozialdemokratische Partei den alten Gepflogenheiten des Parlamentes (als das Frühstück) nicht und sich repräsentativ an gewissen Veranstaltungen beteiligt. So sei auch in den landständischen Ausschuss gewählt worden, in dem Herr Karl den Vorsitz führt. Hier ist es alte Sitte, daß der Präsident die Kollegen zu einem Frühstück einladet. Die Fraktion habe erklärt, daß der Vertreter daran teilzunehmen könne. Es habe einen eigentümlichen Schatten auf seinen geselligkeitlichen Anstand geworfen, wenn er sich ausgeschlossen hätte. Gsch täglich äußerte

